

# Die Zähmung des Kapitalismus ist eine Frage der Würde

Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main

Rede zum 1. Mai 2005 im Düsseldorfer Hofgarten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Franz Müntefering hat mit seiner Kapitalismuskritik einen wahren Sturm im deutschen Blätterwald erzeugt. Ob er jedoch die Genossen für die Wahl in Nordrhein-Westfalen vom Hocker gerissen hat, muss sich noch zeigen.

## 1 Theaterdonner und Wahlkampfgetöse

Ein Kollege der IG Metall in Essen hatte sich daraufhin entschlossen, einen klassischen Kapitalismuskritiker im Original zu lesen. Er betrat die bedeutendste Buchhandlung der Stadt und fragte einen jungen Verkäufer nach dem Kommunistischen Manifest. Dieser ging etwas unschlüssig zum Computer, wandte sich zurück und fragte: "Könnten Sie mir bitte den Namen des Autors sagen?" „Marx“. „Und den Vornamen?“ Daraufhin explodierte der Stahlkocher: „Bin ich hier in der Spielwarenabteilung?“

Was Franz Müntefering in seiner Programmrede vor drei Wochen gesagt hat, ist für jeden Betriebsrat und die meisten Kollegen in den Betrieben eine Binsenwahrheit:

- dass die Übermacht derer, die in der Wirtschaft zu sagen haben, den Menschen auf eine Funktion als Produktionsfaktor, Konsumenten und Ware auf dem Arbeitsmarkt reduziert,
- dass die international wachsende Macht der Kapitaleigner die Unternehmen dazu nötigt, sich mehr am kurzatmigen Profit zu orientieren,
- dass die überzogene Strategie der Profitmaximierung marktbeherrschender Finanzunternehmen die Demokratie auf Dauer gefährdet.

## 2 Kapitalismuskritik aus Rom

Augenfällig ist die Rückendeckung, die Franz Müntefering durch die Sozialrundschriften der Päpste erhält. Papst Pius XI. äußerte sich 1931 beunruhigt über die Zusammenballung von Kapital und wirtschaftlicher Macht als Folge einer uneingeschränkten Wettbewerbsfreiheit, die am Ende zur Selbstaufhebung des Wettbewerbs führt. Es folgt

ein gnadenloser Machtkampf innerhalb der Wirtschaft. Dann suchen die wirtschaftlich Mächtigen die staatliche Sphäre zu erobern; der Staat wird zum Spielball ihrer Interessen und der Wirtschaft unterworfen. Schließlich kommt es zu einem Machtkampf der Staaten untereinander. Dieser entartet in den Imperialismus des internationalen Finanzkapitals, das überall da zu Hause ist, wo sich ein Beutefeld auftut.

Ähnlich scharf verurteilte Papst Paul VI. 1967 einen ungehemmten Liberalismus, gemäß dem der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln ein absolutes Recht ohne Schranken und gesellschaftliche Verpflichtung sei. Er vergleicht die Regeln des internationalen Handels zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mit den Arbeitsverträgen, die unter extrem ungleichen Verhandlungsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen werden. Dem Verhandlungsergebnis stimmen zwar beide Parteien zu. Aber die freie Zustimmung ist keine Garantie dafür, dass der Vertrag gerecht ist.

Papst Johannes Paul II. widmete dem Wunder der friedlichen Revolution, die den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus auslöste, ein eigenes Sozialrundschreiben. Darin stellt er die Frage, ob nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus das siegreiche Gesellschaftssystem sei, das die Anstrengungen der Transformationsländer verdient und den Entwicklungsländern empfohlen werden soll. Gleichzeitig ist ihm die Behauptung unhaltbar, dass die Niederlage des so genannten realen Sozialismus den Kapitalismus als das einzige Modell wirtschaftlicher Organisation übrig lasse. Vielmehr laufen die westlichen Länder Gefahr, in diesem Scheitern den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen und sich nicht darum zu kümmern, an ihrem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen. Aus globaler Sicht beobachtet der Papst einen neuen, ungezähmten Kapitalismus, der an der absoluten Vorherrschaft des Kapitals und das Eigentums an Produktionsmitteln über die Menschen als freie Subjekte der Arbeit festhält. Die menschlichen Defizite dieses Wirtschaftssystems, das die Herrschaft der Dinge über die Menschen festigt, heißen: Ausgrenzung, Ausbeutung und Entfremdung. Eine menschliche Alternative dazu ist eine Gesellschaftsordnung, die den Markt durch soziale Kräfte und den Staat ordnet sowie den Unternehmen einen Ort der freien Arbeit und Beteiligung zuweist. Die Unternehmen sind nicht in erster Linie Gesellschaften der Kapitaleigner, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die ihren spezifischen Beitrag durch den Einsatz von Kapital und Arbeit leisten.

### **3 Zwei Seiten einer Münze**

In der Sozialverkündigung der Kirche wird wiederholt großes Gewicht auf eine zweifache Unterscheidung gelegt - in Bezug auf den Kapitalismus und auf das Privateigentum. Der Kapitalismus wird zum einen als wirtschaftliches Funktionsgerüst verstanden. Seine Komponenten sind der marktwirtschaftliche Wettbewerb, ein hoher Technikeinsatz aus vorgeleisteter Arbeit, eine elastische Geldversorgung und eine private Unternehmensorganisation. Dessen Vorteil und positiver Wert wird ausdrücklich anerkannt. Zum anderen ist der Kapitalismus ein gesellschaftliches Machtverhältnis - mit einer vierfachen Schieflage wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht. Im Unternehmen besteht das

Entscheidungsmonopol derer, die Eigentümer der Produktionsmittel sind oder rechtmäßig darüber verfügen. Diese Schieflage der Macht überträgt sich auf den Arbeitsmarkt, auf die Verhandlungspositionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen. Auf den Gütermärkten treten die Produzenten meist stärker organisiert und konzentriert auf als die in der Regel atomisierten Verbraucher. Und an der Nahtstelle zwischen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre verfügt das Bankensystem über eine Geld- und Kreditschöpfungsmacht, mit der das Produktionsniveau und die Richtung der Produktion vorweg entschieden wird.

Beim Recht auf Privateigentum werden zwei Eigentumsformen unterschieden. Ein individuelles Grundrecht ist das Eigentum an persönlichen Gebrauchsgütern, die durch eigene Arbeit erworben werden. Über ihre persönliche Einkommen und Vermögen (nach Steuern und Abgaben) dürfen Männer und Frauen zu Recht wie über ein privates Gut nach eigenem Ermessen verfügen. Ganz anders ist das Eigentum an Produktionsmitteln zu beurteilen, das nur unter Einsatz fremder Arbeitskraft, nämlich von abhängig Beschäftigten produktiv eingesetzt und gewinnbringend vermehrt werden kann. Die durch den Einsatz von Arbeit und Kapital gemeinsam erwirtschaftete Wertschöpfung ist kein ausschließliches privates Gut der Aktionäre, sondern Eigentum aller, die sich im Unternehmen auf unterschiedliche Weise engagieren. Wenn den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der ihnen zukommende Teil der Wertschöpfung entrissen und einseitig auf die Konten der Aktionäre und Spitzenmanager überwiesen wird, ist das Betrug und Raub.

#### **4 Treffer ins Schwarze**

Wo Franz Müntefering Recht hat, hat er (wie die Päpste) Recht. Wie er Recht hat und ins Schwarze getroffen hat, beweist das Aufheulen der Wirtschaftselite, als sei ihr Seelenheil in Gefahr und die deutsche Wirtschaft auf der sinkenden Titanic. Auch der Chor der Institute so genannter Experten, die weder in der Lage sind, ein halbwegs realistisches Bild der deutschen Wirtschaft zu zeichnen noch eine plausible Analyse der Krisenursachen zu liefern oder die Weichenstellung erfolgreicher Therapien zu entwerfen, spielen sich als Unheilsprofeten auf.

Franz Müntefering hat Recht, wenn er behauptet,

- dass nicht die Arbeitsmärkte die erste Stellgröße der wirtschaftlichen Krise und ihrer Bewältigung sind, sondern die Finanzmärkte,
- dass das öffentliche Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und erst recht die Initiative neue soziale Marktwirtschaft plakative Tünche sind. Die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft sind ein allenfalls sozial temperierter Kapitalismus, zumal seit mehr als zwanzig Jahren marktradikale, wirtschaftsliberale Parolen des bürgerlichen Lagers und einer dreisten Wirtschaftselite die Grundzüge der Politik bestimmen und sowohl auf die konservativ-liberale Koalition unter Helmut Kohl und Otto Graf Lambsdorff als auch auf die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder und Wolfgang Clement massiven Druck ausüben,
- dass das Gleichgewicht zwischen den Funktionsregeln einer kapitalistischen Marktwirtschaft und den Lebensformen einer demokratischen Gesellschaft zunehmend gestört ist;

soziale Gerechtigkeit wird von den Agenda-Demokraten zur Marktgerechtigkeit umgedeutet. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lebt nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen.

## **5 Demokratiefähiger Kapitalismus**

Am 1. Mai erinnert die Arbeiterbewegung selbstbewusst daran, dass der moderne Kapitalismus weder vom Himmel gefallen noch ein Naturereignis noch ohne Alternative ist. Seit er sich breit gemacht hat, sind solidarische Gegenkräfte geweckt worden und ihm entgegen getreten. Sie haben die Menschenrechte proklamiert und darum gekämpft, dass sie durchgesetzt werden. Marktwirtschaft und Menschenrechte, Kapitalismus und Demokratie verhalten sich von Haus aus wie Feuer und Wasser. Geschichtlich jedoch sind sie verflochten, im Konflikt miteinander, in wechselseitiger Duldung und im gegenseitigen Respekt. Die Liberalen reden bloß von den bürgerlichen Freiheitsrechten, dem Recht auf Privateigentum und der Vertragsfreiheit. Aus der Perspektive einer demokratischen Gesellschaft jedoch stehen an erster Stelle die politischen Beteiligungsrechte: Jeder Bürger und jede Bürgerin haben das gleiche Recht, sich an den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Prozessen der Meinungsbildung und Entscheidung aktiv zu beteiligen und sich darin selbst zu vertreten. Dieses Recht entspricht dem Grundsatz der Beteiligungsgerechtigkeit. An zweiter Stelle stehen die wirtschaftlich-sozialen Grundrechte: Jedes Mitglied der Gesellschaft hat das Recht auf einen Mindestanteil am gemeinsam erarbeiteten wirtschaftlichen Reichtum, der ihm ein menschenwürdiges Leben gestattet und verhindert, dass es von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gütern ausgeschlossen ist, die für eine Gesellschaft als unverzichtbar gelten. Außerdem das Recht auf einen allgemeinen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsgütern sowie auf eine solidarische Absicherung gesellschaftlicher Risiken. Diese Ansprüche entsprechen dem Grundsatz der Bedarfsgerechtigkeit. Schließlich hat jedes Mitglied der Gesellschaft, das arbeiten kann und will, das Recht auf Arbeit, um in eigener Initiative und Verantwortung selbst einen angemessenen Lebensunterhalt zu erwerben. Dieses Recht entspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit. Erst wenn diese Beteiligungs- und Anspruchsrechte eingelöst sind, ist die Chance gegeben, die bürgerlichen Freiheitsrechte real auszuüben.

## **6 Würde durch Anerkennung**

Das Motto des 1. Mai 2005 drückt aus, dass die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen einen Siedepunkt erreicht haben, der nicht mehr nur um die Verteilung materieller Güter entbrannt ist, sondern um die Selbstachtung und Würde der abhängig Beschäftigten. „Zeige deine Würde!“ Aber wann und wie?

- Morgens nach dem Aufwachen vor dem Spiegel, wenn du entdeckst, dass dein Blick nicht getrübt ist durch die aufdringlichen Parolen derer, die mächtig sind und Geld haben, wenn Du stolz darauf bist, Dir in die Augen sehen zu können, weil Du einen klaren Blick behalten hast.

- Auf dem Laufsteg der Öffentlichkeit, wenn du trotz der Versuche des Firmenchefs, dich mit unbezahlter Mehrarbeit zu ködern, deinen aufrechten Gang bewahrt hast.

- In der politischen Auseinandersetzung, wenn du dich vom Reformspektakel der politischen Klasse nicht hast verbiegen lassen; du hältst deine Erfahrungen in Bodennähe aus dem Betrieb und dem Familienalltag für wirklichkeitstreuer als die Scheinwelten derer, die nur um die Mitte von Berlin Mitte herum kreisen.

Zeige deine Würde, die du hast, wenn du sie hast. Woher hast du sie? Fällt dir die Würde vom Himmel in den Schoß? Stellst du sie selbst her? Wir gewinnen Würde dadurch, dass wir uns wechselseitig das Recht zuerkennen, als Gleiche behandelt und geachtet zu werden. Würde wird uns verliehen, indem andere Personen uns anschauen und sagen: Gut, dass es dich gibt. Du sollst sein, einen Namen haben, den wir nicht vergessen wollen. Christen sind der Überzeugung, dass ihnen Würde verliehen wird durch den Blick und die Zuneigung Gottes, der den Namen einer jeden Person in seine Hand geschrieben hat und sagt: Mein bist du, ich vergesse dich nicht, ich lasse dich nicht fallen. Andere orientieren sich an dem Grundsatz der Personwürde, die keinen Preis hat, wie Kant sie formuliert: dass die menschliche Person nie nur als bloßes Mittel, sondern immer zugleich als Zweck in sich selbst angesehen und geachtet wird. Wir gewinnen Würde, indem wir unsere Rechte verteidigen und einklagen, indem wir die Rechte der anderen anerkennen und einklagen.

## **7 Würde durch Rechte**

Die Rechte der Ausländer, die seit langem in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, und die Rechte derer die legal oder illegal einwandern, um jene Arbeiten gut und besser zu tun, die Deutsche für sich als nicht zumutbar erachten, verleihen ihnen Würde. Deshalb ist es würdelos, wenn die Deutschen sich in einen Konkurrenzkampf der Lohnunterbietung gegen sie hetzen lassen. Sollen sie in ihre Heimat, in die Arbeitslosigkeit zurück getrieben werden? Ebenso würdelos ist der Widerstand gegen Produktionsverlagerungen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung. Eine würdevolle Alternative sind zusätzliche Arbeitsplätze in neuen Märkten, weniger in der Industrie als viel mehr in personennahen Diensten im Bereich der Gesundheit, Bildung und Kultur.

Die Rechte der Erwerbslosen, an der gesellschaftlich organisierten Arbeit beteiligt zu sein und einen regulären Arbeitsplatz zu finden, der ihrer Kompetenz entspricht, und keine zusätzliche Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung, sichern ihnen persönliche Identität, gesellschaftliche Anerkennung und einen angemessenen Wohlstand. Dies ist eine Frage der Würde, nämlich von der Gesellschaft nicht am Boden niedergedrückt sondern aufgerichtet zu sein, weil sie auf die Talente und den Einsatz einer jeden Person setzt, die arbeiten kann und arbeiten will. Es ist würdelos, wenn gleichzeitig die Konzernleitungen von den Erwerbstätigen unbezahlte Mehrarbeit, längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, die Streichung von Feiertagen und Lohnverzicht erpressen. Was heute die Würde verletzt, ist in einem Jahr auch ökonomisch unsinnig.

Die Rechte der Frauen auf Gleichstellung und Autonomie, nie wieder zur privaten Hausarbeit, Erziehungs- und Pflegearbeit, ohne Entgelt und eigenständige Absicherung, dienstverpflichtet zu werden, entspringen dem tatsächlichen Wunsch von Männern und Frauen, in gelingenden Partnerschaften, auch mit Kindern, zu leben, sowie die verschiedenen Arbeitsformen der Erwerbsarbeit, der privaten Beziehungsarbeit und des zivilge-

sellschaftlichen Engagements paritätisch aufzuteilen. Sie stimmen überein mit den Ansprüchen der Frauen und Männer auf Selbstachtung und Würde. Deshalb ist es würdelos, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit ausschließlich den Frauen aufzuhalsen, während die Männer weiterhin von dieser doppelten Verpflichtung verschont bleiben. Auch die Männer sollten dazu gedrängt werden, sobald der Verdacht auftaucht, dass ein erwerbstätiger Mann Vater ist, ihre Erwerbsarbeit erheblich zu verkürzen, um ihrer Verantwortung für die Familienarbeit und Kindererziehung gerecht zu werden.

Die Rechte der Erwerbstätigen beispielsweise im Hotel- und Gaststättengewerbe, in den Krankenhäusern, Sozialstationen und Kindertagesstätten auf ein angemessenes und höheres Einkommen, das der echten Wertschöpfung ihrer Arbeit am Menschen entspricht, sind eine Ausdrucksform gleicher Würde in einer Gesellschaft, die an der Schwelle zur Dienstleistungswirtschaft steht. Es ist würdelos, die Kompetenzen der Industriegesellschaft, das Zählen, Wiegen, Messen zum Maßstab ihrer Einkommen zu machen, die männliche Industriearbeit als hochwertig, die personennahen Dienste mit den Kompetenzen des Heilens, Helfens, Beratens und Begleitens als niederwertig zu erklären und entsprechend zu entlohnen. Es ist würdelos, wenn die politischen Entscheidungsträger sich an dem Rattenrennen um Exporterfolge beteiligen und gleichzeitig die Einstellung von Erzieherinnen und Lehrern, von Ärztinnen, Pflegekräften und Physiotherapeutinnen sowie von Sozialarbeiterinnen, Jugend- und Familienberatern stoppen. Und es ist würdelos, die Forderungen nach einem Mindestlohn, der oberhalb der realen Lebenshaltungskosten anzusetzen ist, auf die lange Bank zu schieben, nur weil in der Metall- und Chemieindustrie komfortable Tariflöhne durchgesetzt werden konnten.

Die im realen Wirtschaftskreislauf Beschäftigten und die Belegschaften haben das Recht auf Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen. Sie haben das Recht auf Widerstand gegen die ausschließliche Orientierung der Manager an einem Unternehmenswert, der bloß an zukünftig erwarteten Zahlungsströmen und am Börsenkurs abgelesen wird. In solchen Rechten verkörpert sich ihre Würde als gleichberechtigte Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft, die sie nicht am Fabriktor oder vor der Bürotür ablegen wollen. Deshalb ist es würdelos, das qualifizierte Arbeitsvermögen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verschleudern oder zu verschrotten, anstatt es zu kultivieren und zu veredeln. Es ist würdelos, die kostbarste langfristige Ressource eines Unternehmens den kurzfristigen Stimmungsschwankungen der Börsenkurse und den gedankenlos wechselnden Moden monetärer Geschäftspraktiken zu opfern. Es ist ja noch gar nicht erwiesen, dass die aktuelle Modewelle der Finanzunternehmen auch übermorgen noch ökonomisch vernünftig ist. Sonst würden die Vorsitzenden der Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds sich nicht gegenseitig in dem Eingeständnis überbieten, in den vergangenen Jahren Fehler gemacht zu haben.

Die abhängig Beschäftigten, die Wählerinnen und Wähler, die Mehrheit der Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass die politisch Verantwortlichen und insbesondere die Regierenden sowohl ihre politischen Konzepte als auch ihre alltägliche Politik durchsichtig, überzeugend und berechenbar machen. Dies schulden sie der Würde mündiger Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist es würdelos, ein rhetorisches Spektakel der Kapitalismuskritik auf der politischen Bühne zu inszenieren und gleichzeitig in den All-

tagsentscheidungen die Interessen der Unternehmen und der bürgerlichen Eliten zu bedienen. Die rot-grüne Koalition handelt würdelos, wenn sie die sozialen Systembrüche und drastischen Einschnitte in erworbene Rechte abhängig Beschäftigter als alternativlos darstellt und den ungebrochenen Widerstand der Betroffenen damit erklärt, dass diese mutwillig uneinsichtig seien, durch bessere Werbung und Aufklärung jedoch überzeugt werden könnten. Zwischen den Agenda-Demokraten und den Betroffenen besteht kein Vermittlungsproblem, sondern eine unterschiedliche Wahrnehmung der Realität. Wie soll eine politische Klasse über die Lebenslagen der Langzeitarbeitslosen und Arbeitslosengeldempfänger angemessen entscheiden, wenn sie selbst nie die Chance hat, in solche Lebenslagen zu geraten? Eine Politik der rot-grünen Koalition ist auch deshalb würdelos, weil sie die Erwartungen des unteren Viertels der Bevölkerung den Interessen einer linken Mitte oder einer neuen Mitte opfert, die gesellschaftliche Risiken individualisiert sowie privatisiert und damit die demokratische Solidarität deformiert. Der Mehrheit der Bevölkerung darf es gut und besser gehen - aber nicht auf Kosten derer, die bereits benachteiligt sind. Denn die Gerechtigkeit einer Gesellschaft läßt sich daran messen, wie die Würde derer respektiert wird, die am Rand und am äußersten Rand der Gesellschaft leben.

„Du hast Würde. Zeige sie!“ Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Würde des klaren Blicks und des aufrechten Gangs zu zeigen, ist unsere alltägliche Aufgabe. Diese Würde gegen jedermann und jedefrau, insbesondere gegen die Reichen und Mächtigen dieser Gesellschaft öffentlich zu verteidigen und sie einzuklagen, ist ein noch unerledigtes demokratisches Mandat.